

Die Autorin ist  
Trainerin an der  
Akademie für  
international  
Zusammenar-  
beit (AIZ) der  
GIZ und bereitet  
Fachkräfte der  
Entwicklungszu-  
sammenarbeit  
auf ihren Einsatz  
in Laos vor.

## KURZ NOTIERT

### von Anke Timmann

#### Kein Fortschritt bei den Menschenrechten

Im Juli fand der fünfte Menschenrechtsdialog zwischen Australien und Laos statt. Bis 2021 will die australische Regierung die laotische Regierung bei der Umsetzung der Menschenrechte unterstützen. Dazu gehören u. a. die Effizienz- und Leistungssteigerung der Jurafakultät und der politikwissenschaftlichen Fakultät an der Nationalen Universität, die Implementierung der Vereinten Nationen. Bei der Umsetzung der Meinungs- und Pressefrei-

heit steht noch viel Arbeit bevor und nach wie vor verschwinden immer wieder Menschen. Im Mai 2017 wurden drei BloggerInnen in einer geheimen Gerichtsverhandlung zu unverhältnismäßig hohen Gefängnisstrafen von 12, 16 und 20 Jahren verurteilt, weil sie regierungskritische Kommentare auf ihren facebook-Seiten veröffentlicht hatten. Am 29. Juli wurde der thailändische Aktivist Wutthipong Kachathamkhun (alias Ko Tee), der seit 2014 in Laos im Exil

lebt, von zehn schwarz gekleideten und bewaffneten Männern entführt. Internationale Menschenrechtsgruppen fordern die internationale Gemeinschaft auf, sich für die Freilassung der Verurteilten einzusetzen und den Fall des verschwundenen Ko Tee aufzuklären.

*The Strategist, 27.7.2017*

*Human Rights Watch, 17.7.2017*

*Voice of Asia, 26.6.2017*

*Radio Free Asia 1.8.2017*

*Australian Embassy in Laos, 24.7.2017*

#### Neues Gesetz in Thailand zwingt laotische ArbeiterInnen nach Laos zurück

Im Juni hat Thailand entschieden, dass illegale ArbeiterInnen in Thailand mit bis zu fünf Jahren Haft oder bis zu 100.000 Baht (ca. 2.544 Euro) Geldstrafe verurteilt werden können. Die Entscheidung wurde nach Protesten von Unternehmen und AnwältInnen für 180 Tage suspendiert. Trotzdem sind Hunderte laotische ArbeiterInnen aus Thailand nach Laos zurückgekehrt, weil sie Strafverfolgung oder Ausbeutung befürchten. Viele laotische Arbei-

terInnen bekommen in Thailand den Minimumlohn und arbeiten in Bau und Agrarwirtschaft. Sie sind illegal nach Thailand gekommen, weil sie sich die offiziellen Gebühren von 20.000 Baht (ca. 508 EUR) nicht leisten können. Stattdessen zahlen sie an der Grenze ein kleineres Schmiergeld, um so nach Thailand einzureisen. Der illegale Status bringt manche LaotInnen in große Probleme und es gibt Beschwerden (u. a. auf facebook), dass die lao-

tische Botschaft in Bangkok ihre Landsleute nicht adäquat unterstützt. Thailand hat in Bangkok und Nongkhai Zentren eröffnet, um die laotische ArbeiterInnen zu unterstützen. Obwohl es einen Fachkräftemangel in Laos gibt, gehen viele ArbeiterInnen nach Thailand, wo die Löhne doppelt so hoch sind. Schätzungen zufolge leben in Thailand 170.000 LaotInnen illegal.

*Radio Free Asia, 7.7.2017*

*Bangkok Post, 13.7.2017*

#### Regierung reagiert mit Sondereinheit auf vermehrte Auseinandersetzungen um Land

Die Praxis des unrechtmäßigen Landerwerbs führte in den letzten Jahren vermehrt zu Auseinandersetzungen um Land. Das *Ministerium für natürliche Ressourcen und Umwelt* ordnete im Juni an, dass Provinz- und Distriktbehörden sich um die Landkonflikte auf Dorfebene kümmern sollen. Zwei aktuelle Beispiele zeigen die Brisanz des Themas. In der nördlichen Provinz Luang Prabang wurde Mitte Juli ein Dorf mit 55 Familien zwangsgeräumt, darunter viele KriegsveteranInnen.

Die *Duangpaseuth Construction Company* hatte das Land 2011 erworben. Gemunkelt wird, dass der Besitzer des Unternehmens das offizielle Ausschreibungsverfahren umgangen hat und es aufgrund guter Beziehungen zum ehemaligen Provinzgouverneur bekommen hat. Alternativ sollen Leistungen des Unternehmens in Land bezahlt worden sein, wenn die Gemeinde kein Geld hatte. In der südlichen Provinz Sekong streiten DorfbewohnerInnen schon seit elf Jahren gegen ein

vietnamesisches Kautschukunternehmen, das mehr Land als vertraglich vereinbart in Anspruch nimmt. Im Juli wurden nach nicht bestätigten inoffiziellen Angaben einige der DorfbewohnerInnen verhaftet, weil sie Kautschukbäume fällten. Erste Ergebnisse der Sondereinheit werden im Oktober 2017 erwartet.

*Radio Free Asia, 1.8.2017*

*Radio Free Asia, 26.7.2017*

*Vientiane Times, 21.6.2017*